

Antrag 59/II/2023

Jusos Brandenburg

Der/Die Landesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission

Annahme in der Version der Antragskommission (Konsens)

Schnelle Hilfe für psychisch erkrankte Menschen – Bei Therapieplätzen darf nicht gespart werden!

1 Die psychische Gesundheit ist
2 eine wesentliche Voraussetzung
3 für Lebensqualität, Leistungsfähigkeit und soziale Teilhabe. In
4 den letzten Jahren hat der psychische Druck auf junge Menschen
5 stark zugenommen. In einer Zeit
6 multipler Krisen sind sie einem
7 hohen Maß an Herausforderungen ausgesetzt. Die zunehmende
8 Komplexität der modernen Welt
9 kann zu Stress, Ängsten und anderen psychischen Belastungen
10 führen.
11 Betroffene brauchen bei einer Erkrankung rasche und effektive
12 Unterstützung. Die Realität sieht
13 jedoch aktuell oft anders aus.
14 Im Durchschnitt wartet eine Person fünf Monate auf einen Therapieplatz, obwohl ihr gesundheitlicher Anspruch darauf bereits bestätigt wurde.
15 Die aktuelle Richtlinie besagt,
16 dass in städtischen Gebieten
17 etwa eine*n Psychotherapeut*in
18 für 3.000 Menschen vorgesehen

Antragstext Zeile 40-53

Zeile 1- 39 werden der Begründung zugefügt

28 ist. Da angenommen wird, dass
29 Menschen aus ländlichen Gebie-
30 ten auch in Städte fahren, um
31 ärztliche Versorgung in Anspruch
32 zu nehmen, wird in ländlichen
33 Regionen eine*n *Psychothe-*
34 *rapeut**in für ungefähr 6.000
35 Menschen bereitgestellt. Durch
36 diese Regelung werden insbe-
37 sondere finanziell benachteiligte
38 Personen in strukturschwachen
39 Gebieten strukturell benachtei-
40 ligt.

41 Es besteht dringender Reform-
42 bedarf in der Bedarfsplanungs-
43 Richtlinie. Vor allem die Kranken-
44 kassen zeigen Widerstand gegen
45 eine Überarbeitung der aktuel-
46 len Regelung, da sie erhebliche
47 Mehrkosten befürchten. Doch
48 beim Thema Therapieplätze darf
49 nicht am falschen Ende gespart
50 werden!

51 Es kann nicht im Sinne der „Zu-
52 kunftscoalition“, insbesondere
53 nicht unter sozialdemokratischer
54 Führung, sein, dass der Zugang
55 zur psychischen Gesundheitsver-
56 sorgung von finanziellen Mitteln
57 und dem Wohnort abhängt.
58 Solche Klassenunterschiede
59 müssen überwunden werden,
60 um allen Menschen ein psychisch
61 gesundes Leben zu ermöglichen.

62 Die SPD-geführte Landesregie-
63 rung wird aufgefordert, durch ihr
64 Mitberatungs- und Antragsrecht
65 im Gemeinsamen Bundesau-
66 schuss durch Anpassung der
67 Bedarfsplanungs-Richtlinie auf
68 mehr kassenärztlich zugelas-
69 sene Psychotherapeut*innen
70 hinzuwirken.

71 Deswegen fordern wir die SPD-
72 geführte Bundesregierung auf,
73 sich für die deutliche Erhöhung
74 der Bedarfsplanungs-Richtlinie
75 auf mehr kassenärztlich zuge-
76 lassene Psychotherapeut*innen
77 hinzuwirken. Zudem fordern wir
78 die Einführung einer gesonder-
79 ten Bedarfsplanungs-Richtlinie
80 für Kinder und Jugendliche,
81 um gerade für diese vulnera-
82 ble Gruppe die Wartezeiten
83 erheblich zu reduzieren.

84

85 **Begründung**

86 Alle von uns kennen bestimmt
87 mindestens eine Person, die an
88 einer psychischen Erkrankung lei-
89 det oder ist gar selbst betrof-
90 fen. Denn immer mehr Menschen
91 und vor allem immer mehr Kin-
92 der und Jugendliche in Deutsch-
93 land leiden an psychische Erkran-
94 kungen. Das ist nicht nur eine ge-
95 fühlte Wahrheit, sondern ist sta-

96 tistisch bereits mehrfach nachge-
97 wiesen.

98 In Deutschland sind 48.000 Psy-
99 chotherapeut*innen qualifiziert.
100 Während einige in Rehakliniken
101 und Psychiatrien arbeiten, stre-
102 ben viele an, eine eigene Praxis
103 zu eröffnen. Für die Behandlung
104 von gesetzlich Versicherten ist ei-
105 ne Zulassung, auch "Kassensitz"
106 genannt, erforderlich. Doch laut
107 Kassenärztlicher Bundesvereini-
108 gung besitzen nur 33.000 Psycho-
109 theapeut*innen einen solchen
110 Kassensitz. Und von diesen teilen
111 60 Prozent den Sitz mit anderen,
112 was die Anzahl der Kassenpati-
113 enten, die sie behandeln können,
114 einschränkt.

115 Die Anzahl der Therapieplätze
116 in einer Region wird durch die
117 Bedarfsplanungs-Richtlinie des
118 Gemeinsamen Bundesausschus-
119 ses festgelegt. Dieser Ausschuss
120 setzt sich aus der Kassenärzt-
121 lichen Bundesvereinigung, der
122 Kassenzahnärztlichen Bundes-
123 vereinigung, der Deutschen
124 Krankenhausgesellschaft und
125 dem Spitzenverband Bund der
126 Krankenkassen zusammen.

127 In Deutschland leben so wenig
128 junge Menschen wie noch nie:
129 Zum Ende des Jahres 2021 waren

130 gut 8,3 Millionen Menschen im Al-
131 ter von 15 bis 24 Jahren. Das ent-
132 spricht einem Anteil von 10,0 Pro-
133 zent an der Gesamtbevölkerung.
134 Wir stehen als Gesellschaft vor
135 scheinbar unendlichen Heraus-
136 forderungen und in jeder Rich-
137 tung sind junge Menschen ge-
138 fragt, Verantwortung zu überneh-
139 men. Der demographische Wan-
140 del führt somit in der ökonomi-
141 schen, politischen, klimatischen
142 und gesellschaftlichen Frage zu
143 Mehrfachbelastungen, die in un-
144 zähligen Fällen Burnout, Depres-
145 sionen und enorme psychische
146 Belastung mit sich bringen.

147 Genau deswegen brauchen wir
148 jetzt eine robuste Gesundheits-
149 infrastruktur, die bei der Bewäl-
150 tigung dieser Probleme ein Si-
151 cherheitsnetz bildet, das uns im
152 Durchschnitt früher als erst in
153 fünf Monaten fängt. Es ist essen-
154 tiell, dass wir als Jugendorganisa-
155 tion jungen Menschen durch die
156 Gesundheitliche Versorgung die
157 Teilhabe an der Gesellschaft er-
158 möglichen.

159 Gleichzeitig ist auch die Normali-
160 sierung der psychischen Behand-
161 lung der gesamten Bevölkerung
162 notwendig, um die Traumata un-
163 serer Eltern, Großeltern und Ur-

164 großeltern endlich angemessen
165 heilen zu können.

166 Diese wichtigen Aufgaben dürfen
167 nicht an den kapitalistischen
168 Zwängen unseres Gesundheits-
169 systems scheitern. Es braucht
170 mehr Ressourcen, es braucht
171 mehr Aufmerksamkeit und Wil-
172 len, aber vor allem braucht es
173 mehr Kassenplätze!